

Fragen des Landesjugendringes zur Landtagswahl am 14. März 2021

1. Laut zweitem Kinder und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz (Respekt! Räume! Ressourcen! Auf den Seiten 119/ 120) ist der prozentuale Anteil der Mittel für Jugendarbeit an den Jugendhilfeausgaben weiter gefallen (von 4,6 % in 2009 auf 3,7% in 2012). Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um diesen Trend umzukehren?

Mit der jugendpolitischen Strategie JES! Jung.Eigenständig.Stark hat RLP im Ländervergleich eine herausgehobene Stellung. Bisher hat kein Bundesland vergleichbar konsequent eine eigenständige Jugendpolitik umgesetzt. Neben der konzeptionellen Entwicklung waren hierfür die Mittelerhöhungen im Jugendbereich in den Doppelhaushalten 2017/2018 und 2019/2020 (jeweils eine Million Euro) notwendig. Damit war es möglich, dem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, landesweit jugendpolitische Impulse zu setzen und diese auch finanziell zu untermauern.

Konkret bedeutet das, dass in der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit Fachkräftestellen abgesichert werden konnten (so bei den Bildungsreferent*innenstellen der Jugendverbände und den Häusern der offenen Tür). Ferner konnten insbesondere in der mobilen Jugendarbeit im ländlichen Raum, bei der aufsuchenden Jugendsozialarbeit neue Fachkräftestellen geschaffen werden (rd. 30 Stellen).

Insgesamt bedeuten diese Mittelerhöhungen im Jugendbereich rückblickend und für den Haushalt 2021, dass die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit als notwendige soziale Infrastrukturangebote und das heißt als öffentliche Daseinsvorsorge für junge Menschen gestärkt wurden.

Wir möchten in den nächsten Jahren die Jugendstrategie JES! Jung. Eigenständig. Stark weiter ausbauen.

2. Erlebte Beteiligung erhöht das Vertrauen in die Demokratie. Wie werden Sie die Möglichkeiten der Beteiligung von Kinder und Jugendlichen verbessern – in der Kommune und auf Landesebene?

In vielen Bundesländern dürfen junge Menschen schon mit 16 wählen und so am politischen Leben teilhaben. Das soll endlich auch bei den Landtags- und Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz möglich sein. Damit die Anliegen junger Menschen auf Landesebene noch mehr Gehör finden, werden wir die Einrichtung eines Jugendbeirats im Land unterstützen. Außerdem möchten wir die Jugendstrategie JES! Jung. Eigenständig. Stark ausbauen, damit die Belange Jugendlicher in allen Politikbereichen wahrgenommen und mitgedacht werden. Jugendzentren und dezentrale, zunehmend auch mobile Angebote der Jugendarbeit bieten jungen Menschen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Im Rahmen der Jugendstrategie soll die Jugendarbeit vor Ort weiter ausgebaut werden. Gerade auf dem Land müssen flächendeckend Jugendräume zur Verfügung stehen. Junge Menschen brauchen auch vor Ort Räume und Angebote – dafür muss das Land die finanziellen Mittel weiter bereitstellen.

Wir GRÜNE wollen, dass Kinder und Jugendliche das Leben auf kommunaler Ebene mitgestalten können. In fast 75 Prozent der Kommunen in Rheinland-Pfalz haben sie dazu keine Möglichkeit. Das muss sich ändern. Wir werden Jugendliche dabei unterstützen, ein Jugendparlament zu beantragen. Kommunale Jugendvertretungen sollen ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den kommunalen Räten und ein eigenes Budget bekommen. Kommunen müssen Jugendvertretungen bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Das soll in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden.

Das Recht jedes Kindes oder jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit, auf den Schutz vor Gewalt, vor Vernachlässigung und Ausbeutung sowie das Recht auf Beteiligung muss ins Grundgesetz aufgenommen werden. Der aktuelle Vorschlag der Bundesregierung ist uns nicht weitreichend genug, v.a. bei der Frage, wie sehr Kinder bei staatlichen Entscheidungen

gehört werden sollen und inwiefern ihre Meinung berücksichtigt werden muss. Wir GRÜNE fordern mehr: wir wollen konkrete Beteiligungsrechte. Kinder sollen nicht nur gehört, sondern entsprechend Alter und Reife an Entscheidungen auch beteiligt werden. Dazu wollen wir uns GRÜNE in Rheinland-Pfalz im Bundesrat stark machen. In Rheinland-Pfalz werden wir vorangehen und diese Beteiligungsrechte für Kinder in der Landesverfassung verankern.

Jugendliche übernehmen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung überdurchschnittlich häufig ein Ehrenamt. Sie bringen sich in ihren Städten und Gemeinden ein, in Sportvereinen, in der Schule, in Jugendgruppen, bei der Jugendfeuerwehr oder in politischen Jugendorganisationen. Wir GRÜNE werden dieses Engagement besser unterstützen. Dafür wollen wir mit einer umfangreichen Änderung des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit die Erstattung des Verdienstausfalls weiter anheben. Auf GRÜNE Initiative hin gab es bereits einen wichtigen Impuls für das Ehrenamt in der Jugendarbeit im Land im letzten Jahr: die Erhöhung der Mittel Erstattung Lohnausfall Ehrenamt in der Jugendarbeit, damit ist eine Zahlung von 70 € für einen vollen Arbeitstag möglich.

3. Diskriminierende und menschenfeindliche Ideologien bedrohen mehr und mehr unsere Gesellschaft, besonders den Zusammenhalt und unsere Demokratie. Wie stärken Sie unsere Demokratie und wie bekämpfen Sie Populismus und Rassismus? Wie beschützen Sie die Menschen, die Haltung zeigen und sich für unsere Demokratie einsetzen?

Diskriminierung ist eine gesellschaftliche Realität und schließt keinen Lebensbereich aus. Ideologien der Ungleichwertigkeit, Hass und Hetze werden bewusst zur Legitimierung von Gewalt genutzt und können letztlich zu rassistischen und rechts motivierten Gewalttaten führen. Deshalb ist es unsere gemeinsame Aufgabe, dem entgegenzutreten und allen Menschen die gleichen Freiheiten, Sicherheiten und Chancen zu garantieren.

Mit der Landesantidiskriminierungsstelle haben wir dafür gesorgt, dass von Ausgrenzung betroffene Menschen Hilfe erfahren. Wir haben das Angebot einer kostenlosen rechtlichen Erstberatung eingerichtet. Mit der Strategie Vielfalt der Landesregierung wurde eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten auf den Weg gebracht, um Vielfalt systematisch positiv zu gestalten und Diskriminierung zu bekämpfen. Beispielsweise konnte mit einer Plakatkampagne die Vielfältigkeit von Familien verdeutlicht werden.

Eine Politik der Vielfalt muss schnell erkennen können, wenn sich Bürger*innen ausgeschlossen oder diskriminiert fühlen. Wir GRÜNE setzen uns für einen merkmalsübergreifenden, institutionenübergreifenden und partizipativen Ansatz ein. Wir möchten die intersektionale Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten und finanziell fördern, um damit präventive Ansätze zu stärken. Um die Chancengleichheit nachhaltig zu stärken, brauchen wir den Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und eine gute Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Auf grüne Initiative hin wurde in der laufenden Wahlperiode ein Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickelt.

Rheinland-Pfalz braucht ein starkes Landesantidiskriminierungsgesetz zum Ausbau dauerhafter Strukturen. Mit einem Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Diskriminierung durch Behörden und Verwaltung abzubauen und eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu stärken. Dieses Antidiskriminierungsgesetz des Landes soll Lücken der bisherigen gesetzlichen Regeln schließen und einzelnen Personen oder Verbänden ermöglichen, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Wir wollen weiter eine rechtliche Ausgestaltung durch eine Prozessbeistandshilfe, eine Erleichterung bei der Beweislast sowie eine Verfristung von Ansprüchen frühestens nach einem Jahr. Das Gesetz soll Bereiche regeln, in denen das Allgemeine

Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes bislang nicht vor Diskriminierung schützt. Die Landesantidiskriminierungsstelle wollen wir gesetzlich verankern und mit den zusätzlich erforderlichen finanziellen und personellen Mitteln ausstatten.

Mit dem neuen Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt wollen wir das Diversity Mainstreaming als Prinzip der Landesverwaltung verankern und Diversity Management zu einer staatlichen Pflichtaufgabe machen. Rheinland-Pfalz als Land der Vielfalt zu entwickeln ist eine Daueraufgabe, die viele Bereiche des staatlichen Handelns betrifft. Das gilt beispielsweise für die Kitas, Schulen und Hochschulen unseres Landes. Den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung wenden, werden wir weiterhin unterstützend zur Seite stehen und ihre sinnvollen Projekte fördern.

4. Politische Bildung und Demokratiebildung von und mit Kindern und Jugendlichen stärken, außerschulisch und schulisch. Wie geht das?

Die Demokratieerziehung wird angesichts zunehmend rechter Tendenzen auch aus unserer Sicht immer wichtiger. Dementsprechend wollen wir, dass Schulen Orte der Demokratieerfahrung werden und demokratische Handlungskompetenzen vermittelt werden. Deshalb haben wir das Mitspracherecht der Schüler*innen im Rahmen der Schulgesetz-Novelle deutlich ausgebaut. Doch wir streben neben der regelmäßigen Beteiligung im Klassenrat auch die Mitgestaltung des gesamten Schullebens durch die Schüler*innen in einem drittelparitätisch besetzten Schulparlament (Eltern, Lehrkräfte, Schüler*innen) an. Wir unterstützen und bestärken Schulen darin, sich noch stärker gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu engagieren. Hierzu verstärken wir die Förderung von Demokratie-Bildungsprojekten an Schulen. Gegen die Ausbreitung von Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit setzen wir auf medienpädagogische politische Bildung.

Auf Initiative des grün-geführten Ministeriums gab es in diesem Jahr eine deutliche Erhöhung der Mittel für Demokratieförderung, gegen Hass und Hetze: 1,2 Mio. Euro mehr. Darauf wollen wir aufbauen.

5. Was halten Sie von einem kostenlosen Bildungsticket für junge Menschen in Ausbildung, Schüler*innen, Freiwilligendienstleistenden und Jugendleiter*innen Card-Inhaber*innen (JuLeiCa)?

Schon jetzt ist die Schüler*innenbeförderung unter bestimmten Umständen kostenlos. Dieses Angebot wollen wir um ein 365 Euro-Ticket erweitern. Für Schüler*innen, Auszubildende, alle im Bundesfreiwilligendienst bzw. Absolvent*innen eines FSJ wollen wir mit einem günstigen 365-Euro-Ticket ein einfaches Angebot zur landesweiten Nutzung des Nahverkehrs schaffen. Als nächsten Schritt wollen wir auch über diesen Personenkreis hinaus für alle ein landesweites Ticket anbieten. Bei der Einführung eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen oder mit Anspruch auf SGB II-Leistungen werden wir die Landkreise und kreisfreien Städte als Aufgabenträger des ÖPNV unterstützen.

6. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN sind richtungsweisend für unsere Zukunft. Welches dieser Ziele werden Sie in der nächsten Wahlperiode umsetzen. Wie wollen Sie ganz konkret anfangen?

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN sind für uns Programm, das machen wir in unserem Landtagswahlprogramm deutlich: „Die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030 sind der globale Orientierungsrahmen und Handlungsmaßstab für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung und gelten universal für alle gleichermaßen. Auch Rheinland-Pfalz verpflichtet sich, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.“ (<https://gruene-rlp.de/partei/landtagswahl-2021/unsere-landtagswahl-programm-ltw2021/>)

7. Jugend ist digital, Kommunikation ist digital. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um Digitalisierung auszubauen, Schule digitaler zu machen und die Kommunikation der Jugend anzuerkennen und gleichzeitig zu schützen?

Junge Menschen lernen und leben heute ganz selbstverständlich in einer zunehmend digitalisierten Welt. 95 Prozent der zwölfjährigen Kinder besitzen ein Smartphone. Wenn sich Kinder treffen, machen sie das, was sie schon immer miteinander gemacht haben. Neu ist, dass vieles davon heute digital und online passiert: Musik wird gestreamt, Spiele werden im Internet gespielt – und wer nicht mit im Zimmer ist, ist virtuell mit seinen Freunden und Freundinnen verbunden. Städte werden mit Hilfe von Online-Maps entdeckt und wer mit den Hausaufgaben nicht weiterkommt, sucht im Netz nach Lösungen oder Tutorials. On- und Offline-Zeiten lassen sich immer weniger unterscheiden, weil digitale und analoge Welten ineinander übergehen.

Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche ein Recht auf Teilhabe, Förderung und Schutz – auch im digitalen Raum. Sie brauchen deshalb ein digitales Umfeld, in dem sie Angebote und Dienste selbstbestimmt nutzen können und vor Risiken bestmöglich geschützt sind. Kinder und Jugendliche müssen befähigt werden, sich kritisch und kompetent in der digitalen Welt zu bewegen, sie für sich gut nutzbar zu machen und ihren eigenen Platz darin mitzugestalten. Der Staat steht in der Verantwortung, den Rechten von Kindern in der digitalen Welt Geltung zu verschaffen und bei entsprechenden Maßnahmen das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen. Um dieser Verantwortung besser gerecht zu werden, sehen wir Handlungsbedarf in unterschiedlichen Politikfeldern wie der Bildungs-, Jugend-, Medien-, Rechts-, Digital- und Netzpolitik.

In den vergangenen Wochen und Monaten erfuhr die digitale Bildung einen enormen Schub: Die Corona-Krise hat uns aber auch sehr deutlich vor Augen geführt, wo wir bei der Digitalisierung im Bildungsbereich stehen und in welche Richtung wir mit großen Schritten vorankommen müssen. Die flächendeckende Etablierung des Schulcampus RLP, die Schüler-Daten-Flat sowie die bessere Vernetzung der Schulen, Lehrkräfte und Schüler*innen miteinander sind wichtige Bausteine, die uns helfen, auch die kommenden Monate zu überstehen. Des Weiteren werden wir für eine verpflichtende fortwährende Weiterbildung von Schulleitungen und Lehrkräften im digitalen Bereich sorgen und machen uns dafür stark, dass die Finanzierung einer besseren digitalen Ausstattung der Schulen mit Bundesmitteln fortgeführt wird. Das Angebot der kostenfreien Schulbuchausleihe wollen wir auf Laptops und Tablets einschließlich des erforderlichen Supports erweitern, damit auch bei der digitalen Bildung kein Kind zurückbleibt. Zudem muss das Land die Lizenzen für digitale Lernmedien erwerben und zur Verfügung stellen. Auch die verstärkte Nutzung von Open Educational Resources wollen wir vorantreiben.

Zusätzlich zur Digitalisierung in den Schulen und zur modernen Ausstattung für das digitale Klassenzimmer, haben wir weitere konkrete Forderungen in diesem Bereich: u.a. Digitale Teilhabe als soziales Recht, Lizenzfreie Software fördern und nutzen, Medienpädagogische und digitalpädagogische Kompetenzen bündeln, vermitteln und fördern, Technischen Jugendmedienschutz weiterentwickeln, Alterskennzeichnungen für Inhalte beim Upload, Alterskennzeichnungen für Kommunikationsdienste, Kinder und Jugendliche vor kommerziellem Datensammeln schützen und bei den Influencer Schleichwerbung eindämmen, Kinder und Jugendliche vor Kriminalität im Netz schützen, Intervention und Beratung bei exzessiver Mediennutzung und Gaming Disorder und beim eSport wollen wir mit Vereinsstrukturen den Jugendschutz stärken.

8. Wie steht es um die Klimagerechtigkeit in diesem Land? Wann wachsen die Ressourcen für Politische Bildung und Demokratiebildung? Wie halten sie es mit einem kostenlosen Bildungsticket für junge Menschen in Ausbildung, Schüler*innen, Freiwilligendienstleistenden und Jugendleiter*innen CardInhaber*innen (JuLeiCa)? Wann unterstützen Politiker*innen zivilgesellschaftliche Institutionen in

ihrem Kampf für ein lebendiges, demokratisches Zusammenleben? Wie erhalten junge Menschen Zugang zu digitaler Infrastruktur?

Siehe Antworten oben